

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 650, vierteljährl. M. 1950.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verlehr 1950.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 25 M. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile ober deren Raum M. 35.—, auswärts M. 40.—, Reklamezeile 100 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachahrgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 24

Februar 1923

Wildbad, Dienstag, den 30. Januar 1923

Februar 1923

58. Jahrgang

Zeichnet für die „Schwäbische Ruhrhilfe“!

Aufruf der württ. Regierung

Die württembergische Staatsregierung erläßt im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung zu Gunsten der Sammlung für das Ruhrgebiet folgenden Aufruf:

Die württembergische Staatsregierung schließt sich dem Aufruf, den der Reichspräsident gegen französisch-belgische Gewaltpolitik und für zähe Abwehr des Einfalls in das Ruhrgebiet erlassen hat, an und bittet dringend um nachdrückliche Unterstützung des angeregten Hilfswerks für die Brüder und Schwestern im Ruhrgebiet. Möge das württembergische Volk mit seiner bisherigen vorbildlichen Opferwilligkeit das Seine zum siegreichen Durchhalten in dem uns ausgezogenen Kampfe beitragen!

Spenden können unter dem Namen „Schwäbische Ruhrhilfe“ an die Württ. Notenbank, Stuttgart (Postfachkonto Nr. 4) eingekandt werden.

Die bisherigen Einzelsammelstellen werden gebeten, ihre verdienstvolle Sammelstätigkeit fortzusetzen und deren Ertrag ebenfalls an die Württ. Notenbank zu überweisen.

Die Herren Oberamtsvorstände werden ersucht, das Hilfswerk mit allen Kräften zu fördern.

Die Gaben und ihre Spender werden im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Der Staatspräsident wird das Gesamtergebnis aus Württemberg dem Vertrauensauschuß für das Deutsche Volksoffer übermitteln.

Stuttgart, den 26. Januar 1923.

Hieber, Bolz, Graf, Keil, Schall.

Der Völkerbundsrat hat wieder das Wort

Nämlich am 29. Januar. Warum und wie?

In Lausanne ist man wieder in eine Sackgasse geraten. Es ist die Mossulfrage. Mit knapper Not hat man vor ein paar Wochen die Meerengenfrage glücklich unter Paß und Fach gebracht. Auch mit den Kapitulationen (dem Ausnahmevertrag der Ausländer in der Türkei) hat man gerade noch auf annehmbare, wenn auch nicht eindeutige Zugeständnisse sich einigen können: Es sollen nämlich in Zukunft Streit- und Straffälle von Ausländern vor gemischten Gerichtshöfen zur Verhandlung kommen. Bisher unterstanden die Ausländer nur besonderen Gerichtshöfen ihrer eigenen Volksart.

Aber mit der Frage, wem Mossul mit seinen reichen Erdölreserven gehören soll, ob den Engländern oder Türken, kam man nicht zu Streich. Die Türken wollen das für ihre Finanzen so einträgliche Gebiet wieder zurückerlangen. Sie hatten es vor dem Krieg, auch nach Kriegsende, bis die Engländer eines schönen Tags Mossul besetzten. So wie es die Franzosen mit dem Ruhrgebiet machen. Und nachdem sie „den Bissen genommen hatten, fuhr der Satan in sie“. Und was der Engländer einmal bekommen hat, das gib er nicht so leicht wieder heraus, namentlich dann, wenn es ihm viel Geld einträgt.

Die Engländer hatten im Waffenstillstand die Räumung Mossuls gefordert und sofort sich an Stelle der Türken gesetzt. Sie behaupteten, Mossul sei weniger von Türken als viel mehr von Kurden bewohnt und Kurden seien Arier. Sie beanspruchten daher das „Mandat“ über Mossul, genau so, wie man seinerzeit die deutschen Kolonien als Mandate unter Engländer, Franzosen, Belgier, Südafrikaner und Japaner so brüderlich verteilt hatte.

Die Türken sagen „Nein“. Mossul habe von jeher zur Türkei gehört, und wenn man das Land nicht ohne weiteres ihnen zuteilen wolle, dann hätte eine Volksabstimmung stattzufinden.

Ja, diese famosen Volksabstimmungen. Wir Deutschen können ein Lied davon singen. Wie gings nur mit Eupen und Malmédy. Wie vollends mit Oberschlesien, wo bekanntlich 61 Prozent für Deutschland und nur 39 Proz. für Polen gestimmt hatten.

Also her mit dem Völkerbundsrat! Wozu hat man denn sonst den schönen Artikel 11 des Versailler Vertrags mit der Bestimmung, daß bei drohender Kriegsgefahr die Entscheidung des Völkerbunds anzurufen sei? Und so schrieb Lord Curzon an den Generalsekretär des Völkerbunds, er

Tagespiegel

Der Reichsrat hat die Erhöhung der Zulage der Beamten die 2. Hälfte des Januar um 25 Prozent, und der Frauenzulage auf 7500 Mark bewilligt, ebenso 1500 Millionen Mark zur Sicherung der Volksernährung und 500 Millionen für das Ruhrgebiet.

Das Eisenbahnpersonal hat den von belgischen Truppen besetzten Bahnhof in Aachen verlassen.

Die durch den Einmarsch der Franzosen verursachte Verteuerung der Lebensmittel beträgt in Essen 125 Prozent.

Der chinesische General Wey-Peng-Ping, Kommandant der Truppen in Kanton, ist von dem Kommandanten der Truppen in Kwangsi in einem verästelten einberufenen Kriegsrat ermordet worden.

möge die strittige Frage des Mandatsgebiets des Iraq, zu dem Mossul gehöre, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrats, die in Paris (am 29. Januar) zusammentritt, setzen.

Ismed Pascha ist dagegen. Er weiß recht gut, wie dieser Völkerbundsrat es seinerzeit mit Oberschlesien gemacht hat. Er weiß auch, daß die dort ankommenden Schiedsrichter in dieser Frage samt und sonders auf englischer Seite stehen.

Auch Frankreich? Gewiß. Wohl hat es in der Vertretung Frankreichs neuerlich einen Wechsel gegeben. An Stelle des bisherigen Vertreters Barrère, eines alten Herrn, der angeblich aus „Gesundheitsrücksichten“ zurückgetreten ist, ist Bompard, der bisherige zweite Vertreter, vorgezogen. Aber das bedeutet durchaus keinen Systemwechsel. Frankreich hat in diesen sieben Wochen — so lange dauert die Pariser Orientkonferenz — in steigender Linie sich dem englischen Standpunkt genähert und namentlich in der Mossulfrage mit allem Nachdruck England unterstützt.

Man weiß, warum? „Schaffe dir Mossul, und du läßt mir dafür die Ruhr.“ Dieser Rohhandel ist zweifellos mit eine der Ursachen, warum Bonar Law dem Trauerspiel an der Ruhr so unverantwortlich gleichgültig zuseht. England ist nun einmal, wie Bismarck mit Recht sagte, eine „asiatische“ Macht. Seine Hauptinteressen liegen nicht in Europa. Was kümmert die britische Politik der Rhein, wenn Frankreich dafür England in Asien, in Mesopotamien, in Mossul freie Hand läßt?

Nur so versteht man auch die Zwieseltigkeit der Politik eines Bonar Law. Auf der einen Seite stimmte England, stimmte Bradburn in der Kohlenfrage gegen das „Schuldig“ wegen „absichtlicher Nichterfüllung“ und stimmte das bei England vor wenigen Tagen abermals gegen Frankreich in der Frage, ob Deutschland sich überhaupt der allgemeinen Verschulung gegen den Versailler Vertrag schuldig gemacht habe — und auf der andern Seite versichert es Frankreich nachdrücklich seiner Freundschaft und des Festhaltens am Versailler Vertrag, will auch seine Befehlstruppen am Rhein weiterhin belassen und Frankreich in seiner Arbeit als Gerichtsvollzieher am Rhein nicht stören.

So stehen Mossul und Ruhr in einer gewissen inneren Wechselbeziehung zu einander. Wieder einmal muß Deutschland die Zehne für die englisch-französische Ausföhnung bezahlen. W. H.

Klarheit über die Reichsfinanzlage

In der Reichstagsitzung vom 26. Januar verteilte sich der Abgeordnete Dr. Helfferich, wohl der beste Kenner des öffentlichen Finanzwesens des Reichs, über den dem Haus in dieselben Händen vorliegenden Reichshaushaltsplan für das neue Rechnungsjahr. Helfferichs Staatsreden finden immer die größte Beachtung bei allen Parteien des Reichstags, und doch hat wohl noch keine einen so tiefen Eindruck hinterlassen, wie die neueste, mit der der Abgeordnete den Schleier wegziehen wollte, der die wahre Finanzlage des Reichs dem Blick des größten Teils des Volks noch verbarg. Mit nachdenklichem Kopfschütteln besträubte Reichsfinanzminister Hermes die wichtigsten von Helfferich vorgebrachten Punkte. Sie sind von solcher Wichtigkeit, daß sie, obgleich in den gewöhnlichen Reichstagsberichten kaum berührt, überall bekannt zu werden verdienen.

Der neue Haushaltsplan, so führte Helfferich aus, findet seine Kernzeichnung durch das in der deutschen Finanzwirtschaft bisher unbekannt Wort „Billion“ (1000 Milliarden). Die Reichsausgaben sind auf rund 134 Billionen veranschlagt, wovon nur etwa die Hälfte durch erwartete Einnahmen gedeckt ist. So ungeheuerlich die Zahlen sind, so geben sie doch nur ein schwächliches Bild der Wirklichkeit. Denn zu der Zeit, da der Haushaltsplan aufgestellt wurde, hatte der Dollar einen Kurs von 2000 Mark, heute beträgt er fast 30 000 Mark. Wie er sich in acht Tagen oder gar in vier Wochen, geschweige über Jahr und Tag stellen wird, kann niemand voraussagen. Und doch hängt von dieser Frage für das Auskommen unserer Finanzwirtschaft alles ab. Wir sind in eine Entwicklung eingetreten, wie sie selbst in den Schicksalen Oesterreichs ohne Vorbild ist.

Der Reichsfinanzminister hat unter Berücksichtigung der heutigen Lage selbst von einem tatsächlichen Bedarf von 3 1/2 (statt 1 1/2) Billionen bei 1,9 bis 2,1 Billionen Einnahmen gesprochen. Diese Rechnung kann sich aber, wie Dr. Hermes bestätigte, nur auf den ordentlichen Haushalt der inneren Reichsverwaltung beziehen, so daß also weder der außerordentliche Bedarf der inneren Reichsverwaltung noch die Zuschüsse zu den Reichsbetriebsverwaltungen (Eisenbahn, Post usw.) noch die großen Ausgaben für die Ausführung des Friedensvertrags in Rechnung gestellt sind. Bei vorsichtiger Annahme sind die Gesamtausgaben des Reichs vielmehr auf mindestens 7 Billionen Mark zu veranschlagen. Und wenn demgegenüber die Einnahmen auf höchstens 2 Billionen zu berechnen sind, so ergibt sich — immer auf Grund des heutigen Stands der Dinge — ein Fehlbetrag, der mit 5 Billionen eher zu niedrig als zu hoch getroffen ist. Dabei sind aber keinerlei Entschädigungszahlungen und Sachleistungen an den Feind berücksichtigt.

Seitdem Poincaré die Pariser Anleihekongferenz im Juli 1922 abgewürgt hat und dann Drohungen auf Drohungen häufte, hat er alles in Grund und Boden geschlagen, was unter schwersten Opfern aller deutscher Kreise und Schichten für eine beginnende Gesundung unserer Finanzverhältnisse gewonnen war. Das läßt sich von der Entwiklung der schwebenden Schuld (Schahwechsel) genau ablesen mit Zahlen, die fürchterlich sind. In der Zeit vom April 1921 bis zum Juni 1922 rückte sich die monatliche Zunahme der schwebenden Schuld (Schahwechsel) im Durchschnitt auf 8 Milliarden Mark, der Juni 1922 hatte sogar eine Zunahme von nicht ganz 6 Milliarden gebracht, blieb also hinter dem Durchschnitt dieses 15monatlichen Zeitabschnitts. Mit dem Abbruch der Finanzkonferenz beginnt der Zusammenbruch: die Zunahme der schwebenden Schuld betrug nämlich im Juli 1922 13 Milliarden, August 24 Milliarden, September 120 Milliarden, Oktober 153 Milliarden, November 177 Milliarden, Dezember 614 Milliarden. Der eine Monat Dezember in dem Poincaré, für alle Welt sichtbar, mit der Faust zum Schlag ausholte, hat unsere schwebende Schuld um weit mehr als das Doppelte des Gesamtbetrags vermehrt, den sie Ende Juni 1922 ausmachte. Das muß vor aller Welt bei jeder sich bietenden Gelegenheit klar und deutlich gemacht werden. Und wie wird es Ende Januar 1923 sein!

Weiter ging Helfferich mit den Steuerexperimenten wie dem Reichsnotopfer und der Zwangsanleihe (scharf ins Gericht, überhaupt mit Vermögensergriffen die so gebildet sind, daß über die Veranlagung allein schon viele Monate hingehen und daß die Zahlung, wenn nicht die schwersten wirtschaftlichen Missetaten für die Allgemeinheit herausbeschworen werden sollen, über einen Zeitraum von mindestens mehreren Jahren verteilt werden muß. Nicht nur, daß in Zeiten unberechenbarer Geldentwertung der vom Staat erhoffte Betrag unter der Hand zusammenschmilzt; nicht nur, daß die Beunruhigung und die Störung des Wirtschaftslebens in gar keinem Verhältnis steht zu der Einnahme für das Reich — der letzte Rest von Steuerethik muß bei einer so unvernünftigen Steuergesetzgebung vollends zum Teufel gehen! Beim Reichsnotopfer und bei der Zwangsanleihe waren diejenigen die Dummen (Abg. Gothein etc.) die Betrogenen!), die den Wünschen der Finanzverwaltung folgend, diese Steuern zum ersten Termin voll entrichtet haben. Niemand wird künstlich auf solche Dinge hereinfallen wollen, wenn Steuererlasse gemacht werden, die Rechtlichkeit und Pflichterfüllung geradezu unter Strafe stellen. Mit solchen unsachverständigen Gesetzen muß Schluß gemacht werden!

Die ganze fortwährende Reformen und Kapitalerhöhung setzt sich in der Entwicklung des Verhältnisses von Kapitalertragssteuer und Einkommen.



steuer, weil man daraus klar erblickt, welche Rolle das Einkommen aus Kapitalvermögen in gesamten Volkseinkommen spielt. Eine Nation ist im allgemeinen um so reicher, je größer der Anteil ihres Einkommens am gesamten Volkseinkommen ist. Von diesem Reichtum hat nicht nur der einzelne Kapitalist, sondern die ganzen breiten Massen des arbeitenden Volkes einen Vorteil. Schauernd müssen wir erst am eigenen Fleische die Wahrheit dieses volkswirtschaftlichen Grundgesetzes erfahren, wo eben die wirklichen Kapitalvermögen geschwunden sind. Schon im Finanzjahr 1921 dem ersten Jahr, für das die im Jahr 1920 eingeführte Kapitalertragssteuer in Betracht kommt, erbrachte diese Steuer 1487 Millionen Reichsmark oder nur 5 Prozent der Einkommensteuer, die 28 146 Millionen ergab; im ersten Halbjahr 1922 brachte die Kapitalertragssteuer nur noch 1088 Millionen Mark oder 2,3 Prozent der Einkommensteuer mit 47 828 Millionen. Im Monat November 1922, dem letzten Monat für den amtliche Nachweise vorliegen, erbrachte die Kapitalertragssteuer noch 162 Millionen Mark oder 0,56 Prozent der Einkommensteuer mit 29 119 Millionen Mark. Im Lauf eines Jahres ist also der Anteil der Kapitalertragssteuer an der Einkommensteuer auf weniger als ein Zehntel heruntergegangen.

Haben die Arbeiter einen Vorteil von diesem Kapitalchwund gehabt? Das Gegenteil. Wenn man die Arbeitslöhne der Reichsbetriebe zum Maßstab nimmt, so hat im Dezember 1922 ein verheirateter ungelerner Arbeiter 55mal soviel Lohn erhalten als Ende 1913; aber die Lebenshaltungskosten sind nach dem Statistischen Reichsamte, einschließlich Wohnung und Bekleidung, auf das 685fache gestiegen, er bezieht also nur einen Lohn von 81 Prozent gegen 1913. Dieses Mindereinkommen verschlimmert sich je mehr es sich um qualifizierte und geistige Arbeiter handelt; der gelernte Arbeiter ist in seinem Arbeitseinkommen auf 58, der mittlere Beamte auf 35 und der höhere Beamte auf 26 Prozent zurückgegangen, — das furchtbare Bild, das von den Zuständen in der heutigen Zeit überhaupt entworfen werden kann. Ebenso verhält es sich bei den mittleren und höheren Angestellten in Privatbetrieben, und noch viel schlimmer sieht es, von seltenen Ausnahmen abgesehen, mit den Angehörigen der freien Berufe, den Ärzten, Rechtsanwälten, Künstlern, Schriftstellern usw. Welche Massentragödie von Jammer, Verzweiflung und Selbstmord ist in diesen graufigen Zahlen umschlossen! Die Opfer des geschwundenen Kapitals, der materiellen und geistigen Profitorisierung. In diesem Trauerspiel des deutschen Volkes, das im Begriff ist, zum Profetariat unter den Völkern der Erde zu werden, — in diesem Trauerspiel und nicht in der kapitalistischen Steuerlehre liegt der Urgrund für die verzweifelte Finanzlage des Reichs, neben den unerhörten Verletzungen des Friedensvertrags, dieses schändlichsten Dokumentes der Weltgeschichte. Das ist das Bild der Wahrheit, das dem deutschen Volk gezeigt werden muß. Und hier hat man auch den untrennbaren und unmissbaren Zusammenhang zwischen dem Reichshaushaltsplan und der Politik, der unheiligen Entscheidungstrage, dem verbrecherischen Einfall ins Ruhrgebiet, mit all dem, was Feindeswillkür uns androht.

Frankenwährung

Von einem Rheinländer

Poincaré hat in der vorigen Woche wiederholt das Gerücht widerrufen lassen, daß die Einführung der Frankenwährung im Rheinland und an der Ruhr, also im ganzen jetzt von Frankreich und Belgien besetzten Gebiet vorauslag. Natürlich wollte er nur Zeit für ungeführte Vorbereitungen eines neuen Schlages gegen Deutschland gewinnen. Er verhandelte, wie man trotz der neuesten Kriegszensur aus Paris erfährt, eifrig mit den französischen Sachverständigen der Entschädigungskommission, die unter Leitung des Ministerialdirektors S e n d o r eine Gruppe für sich bilden, und er ließ den Oberkommissar des Rheinlands, Tirard, in Koblenz eine Konferenz von Bankiers zusammenbringen, die, fast alle Franzosen, ihr Gutachten über die einzuführende neue Währung abzugeben hatten. Das einzige Geisteserzeugnis dieser Sitzungen war, daß die Sachverständigen vorschlugen, statt eines Rheinfranken eine — R h e i n m a r k zu schaffen, was wirtschaftlich ganz auf daselbe hinauskommt. Politisch soll das neue Geld der deutschen Bevölkerung in den besetzten Landen etwas schmachhafter gemacht werden. Im Kern ist es nichts anderes als eine Valutaspekulation der Eroberer.

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

41. (Nachdruck verboten.)

Damit hatte er die Hellebarde ergriffen und den sich daran klammernden Wächter in den Schnee geschleudert, daß ihm die zerbrechende Laterne erschoss und er in seinem biden Mantel mühsam sich empor zu arbeiten strebte. „Hu, huffa!“ rief er unter einer Flut von Schimpfreden. „Hu, Tiras, fass' an!“

Wer der Hund hatte über dem Wiedersehen des alten Bekannten alle Abriechung vergessen und sprang, statt ihn zu packen, heulend und wedelnd um den Flüchtling herum.

„Engel hat doch Recht,“ rief dieser vor sich hin, „ich muß fort — es tut nicht gut daheim.“

5.

Einige Stunden vom Dorf und vom Himmelmooser Hof entfernt, tat sich zur Seite der Straße in die angrenzenden Berge hinein ein Bruch auf, dessen rötlich gesprengeltes Gestein nicht nur in der Nachbarschaft beliebt, sondern weit hin in's Land zu Bauten wie auch zu Kunstwerken gesucht war. Das Gestein trat in einer tiefen Schlucht zu Tage, welche allmählich durch Ausbeutung erweitert worden war und aus welcher eine klare Quelle in starkem Guß und Fall hervorrutschte, die Säge und die Mühle treibend, in welcher die Blöcke zu Tafeln zerlegt, die Arbeiten gefertigt und die Abfälle zu Spielzeugen für Kinder, sogenannte Klüder, verarbeitet wurden. Es war in einer Zeit, wo solche Einrichtungen noch zu den Seltenheiten gehörten und wo die Wasserkräfte der Berge beinahe unbentstet versprudelten und keinen andern Zweck zu haben schienen, als durch ihr Stürzen und Rauschen die Armut der Landschaft zu erhöhen.

Im Eingange des kleinen Taleinschnittes, vor der

Welche traurige Wirkung der ungeheuerliche Plan über würde, dafür bietet das Saargebiet ein warnendes Beispiel. Dort hat der Franken die Lohn- und Gehaltsempfänger sozial in zwei große Gruppen gespalten, in Markempfänger und Frankenempfänger. Schon zu Beginn des Jahres 1922 wurden rund zwei Drittel der Bevölkerung in Franken bezahlt. Wer auch nur ein wenig über den Tag hinausdenkt, merkte sofort, daß der Franken die Industrie des Saargebietes, deren Absatzmärkte außerhalb des kleinen Landes liegen, im Wettbewerb hemmt und so die blühende Wirtschaft dieses wichtigen Industrielandes schädigt. Die schlimmen Vorboten dieses Unheils traten bald ein. Die Frankenempfänger erhielten bei dem stets stärkeren Sinken der Mark ein 3-4fach höheres Einkommen, als die Markempfänger, und wurden um das mehrfache kaufkräftiger. Die Warenpreise folgten dem Franken und verurteilten so die Markempfänger zu einem hoffnungslosen Darben, von dem man sich im Reich trotz vielfach ähnlicher Sorgen keine rechte Vorstellung macht. Zunächst verteuerte die höhere Valuta in dem kleinen, für sich abgeschlossenen Saargebiet die Preise für die Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens. Eier und Butter kosteten über Nacht fast das Doppelte wie am Rhein. So ist es kein Wunder, daß die Saarbevölkerung ihren Bedarf nach Möglichkeit in der Nachbarschaft zu decken sucht. In erster Linie ist das Rahe- und Moseltal und der dazwischen liegende Hunsrück das Ziel der Käufer. Bis in die Kreuznacher Gegend streifen die Sucher nach Lebensmitteln, Hausgerät und Kleiderstoffen. In der allgemeinen Jagd nach Sachwerten glauben sie ihr Kapital nicht besser anlegen zu können. Das Schlimme ist nur, daß sie die Waren, ohne für sie schon Verwendung zu haben, durch die Aufstapelung dem Bereich anderer weniger gutgestellter Landsteuere entziehen. Damit tragen sie zu einer weiteren Verteuerung der schon durch den Frankkurs gestiegenen Preise bei.

Die Schäden, die der Saarfranken außerhalb seines Geltungsgebietes anrichtet, zeigt sich noch in anderer Weise. Vom Hochwald, das ist das höchste Kuppelland des Hunsrückens, wandern alljährlich zahlreiche Bauernhöfe in die Saarniederung, um werktags in den Gruben und Hütten zu arbeiten. Am Wochenende kehren sie jedesmal mit gefüllter Brieftasche zu ihren Familien im Hochwald zurück und beglücken sie mit dem Frankenlegen. Für harmlose Gemüter war es anfangs eine große Ueberraschung, wie viel Marktscheine sich das Geld mit dem französischen Namen vermandeste. Nicht ganz gefällige Seelen waren wohl auch der Verführung des Wunsches angehegt, unter die Frankenherrschaft zu kommen. Aber einmal war doch, wie die Wahlen bewiesen, die deutsche Stimmung der Hunsrück-Bauernschaft so fest gegründet, und andererseits hatte der Anblick der Saarzustände auf die Dauer so wenig Berlockendes, daß gerade auf dem hohen Hunsrück die Sonderbündelei keinen Fuß zu fassen vermocht hat. Im Gegensatz zur Eifel, wo die Schwierigkeit, unmittelbare und genaue Kenntnis von den Nachteilen eines vom deutschen Stammland abgeordneten Gebiets zu erhalten, in gewissen Bezirken immer noch Keime der Sonderbündelei am Leben läßt, die Frankenwährung bringt also nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politisch-moralische Gefahren, und darauf rechnet die Politik Poincarés. Gegen den ganzen Franken- oder Rheinmarkplan muß Deutschland denselben geschlossenen Widerstand zeigen, den es bisher gegen den Ruheinfall aufbot.

Dr. A. Rupprecht.

Aus dem Kriegsgebiet

Das Wästen der Belgier

Nachen, 29. Jan. Die belgische Besatzungsbehörden haben in Nachen und andern Städten eine ganze Anzahl von oberen Regierungs- und Finanzbeamten des Dienstes entbunden und verhaftet, teilweise wurden sie gefesselt abgeführt. Ueber Nachen ist der Belagerungszustand bis zum 5. Februar verhängt worden. In Duisburg wurde der städtische Forstmeister Berg vom belgischen Kriegsgericht zu 6 Tagen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich weigerte, für die Belgier Waldabmessungen vorzunehmen. Der Eindruck ist allgemein der, daß die Belgier an Brutalität es den Franzosen zuvorzutun suchen.

Vier Todesurteile

Nachen, 29. Jan. Die belgische Besatzungsbehörde hatte gegen verschiedene deutsche Reichsangehörige die Anklage er-

hoben, den belgischen Beamten Gräff ermordet zu haben. Das belgische Kriegsgericht verurteilte nun die Angeklagten Reinhard, Grabert, Rieble und Klein zum Tode, Lormöhlen zu 20 Jahren, Döhmhand zu 15 Jahren Zwangsarbeit, Kraus, Nowak und Suttmacher zu je 3 Jahren Gefängnis, Frau Heckmann zu 5 Jahren Zuchthaus. Das Gerichtsgebäude war durch zwei Schwadronen Reiter und verschiedene Panzerwagen bewacht.

Bergleischweise sei angeführt, daß der belgische Polizeikommissar Schmitz, der vor einigen Monaten einen deutschen Kriminalwachmeister erschossen hatte, vom belgischen Gericht zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt wurde.

Die Vertreibung der Beamten

Paris, 29. Jan. Havas meldet aus Düsseldorf, alle Eisenbahner, die bei Störung oder Hemmung des Eisenbahnbetriebes betroffen werden, sollen ausgewiesen, verantwortliche Vorgesetzte verhaftet werden. Wenn die Hemmungen fort-dauern, werde man bald sämtliche Beamte aus dem rheinischen Eisenbahnbereich „herausziehen“ müssen.

Die Ausweisungen aus dem Rheinland nehmen zu. Der Präsident des Landesfinanzamtes Köln, Haeling von Lanzauer, ist im französischen Militärgefängnis in Mainz erkrankt und ins französische Militärhospital verbracht worden.

Der Eisenbahnverkehr auf den Strecken, auf denen die französischen Eisenbahner ihr Glück versucht haben, ist vielfach durch entgleiste Züge oder Wagen gesperrt. Ueber die Fahrzeiten kann niemand mehr Auskunft geben, der Personenverkehr im Ruhrgebiet hängt nur noch vom Zufall ab.

Die Barlsruher Zeitung bestreitet, daß die polnische Regierung Eisenbahn- und Postbeamte nach dem Ruhrgebiet sende. — Die Deutschvölkler werden sich geweigert haben, und mit den polnischen Polen würden die Franzosen nicht viel anfangen können.

Gerichtstakt in Mörz

Koblenz, 29. Jan. Wegen der Verhaftung verschiedener Beamten in Mörz, St. Goar und Meisenheim ist in Mörz der Generalkriegsgericht in Gang.

Die Eisenbahner in Koblenz hatten einen Zug mit französischen Offizieren auf ein totes Gleis geschoben. Als darauf der Bahnhof von französischem Militär besetzt wurde, legten die Eisenbahner die Arbeit nieder.

München-Gladbach, 29. Jan. Der Kreisvorsitzende der Rheinlandkommission hat der Stadt mitgeteilt, daß nach der Entscheidung der Rheinlandkommission die Gemeinde-w ä l d e r nicht unter die Beschlagnahme fallen.

Bei Steele und Düsseldorf haben die Franzosen das im Rhein liegende Fernsprechnetz durchschnitten.

Ausdehnung der Besetzung

Paris, 29. Jan. „Chicago Tribune“ hält es für möglich, daß mit der Errichtung der Zolllinie im Ruhrgebiet die Eisenbahnlinienpunkte W e s e l, H a m m, H a g e n, B a r n e n und E l b e r f e l d besetzt werden.

Paris, 29. Jan. Die französische Regierung hat erklärt, daß sie keine Beschwerden der deutschen Reichsregierung mehr entgegennehmen werde. — Die Beschwerden über die verschiedenen Mordtaten sind der französischen Regierung sehr unangenehm gewesen. Die Reichsregierung wird aber ohne Zweifel ihre Beschwerden auch fernerhin nach Paris gelangen lassen und dafür sorgen, daß sie noch weit über Frankreich hinaus gehört werden.

Unterdrückung der deutschen Blätter im Rheinland

Mainz, 29. Jan. Die Rheinlandkommission hat wieder drei Mainzer und zwei Blätter des unbesetzten Gebiets für die Zeit bis zu 3 Monaten im besetzten Gebiet verboten.

Zwei Zeitungen in Kreuznach und der Pfalz, Merkur in Zweibrücken sind auf einige Tage verboten worden.

Geheimhaltung statistischer Angaben

Berlin, 29. Jan. Der Reichsregierung ist bekannt geworden, daß Franzosen und Belgier von den Verwaltungen der Bergwerke usw. statistische Angaben über Erzeugung und Absatz zu erpressen suchen. Die Regierung macht darauf aufmerksam, daß nach dem Strafgesetzbuch die Auslieferung mit Zufall nicht unter 2 Jahren bestraft wird.

Mühle, Säge und der Werkhütte der Steinmeße, lag ein ansehnliches Gebäude, das Wohnhaus des Bruchbesizers, von angenehmen und etwas städtischen Formen, wie sie der Landmann mit dem Namen „herrlich“ zu bezeichnen pflegt. Obwohl Gegend und Bitterung nicht geeignet waren, von der Frucht der Blumen oder Gartengewächse besondere Ausbeute hoffen zu lassen, war das Gebäude doch von einem Zaun und einer kleinen Gartenanlage wie von einem Rahmen eingefangen, in welchem während der kurzen Sommerzeit Rittersporn und Gelbweidel, Schwertlilien und Sonnenblume, hier und da auch einige Gemüsepflanzen den Raum sich streitig machten. An der Wand rankte sich ein Rebkod heran, welcher jedes Jahr regelmäßig seine Trauben ansetzte, die aber ebenso regelmäßig in keinem Jahr zur Reife kamen. Auch der Winter konnte dem Hause und seiner Umgebung nicht völlig das Gepräge der Wohnlichkeit nehmen; es war, als ob dasselbe aus den klaren Fenstern wie aus verständigen Augen heraussähe, und wer auf der Straße des Weges kam, mußte sich unwillkürlich angezogen fühlen und konnte den Wunsch nicht unterdrücken, statt auf der frostknarrenden Schneehohle wandeln zu müssen, in der hellbeleuchteten Stube zu sitzen, in welcher gewiß auch gasliche Wärme zu Hause war.

So war es auch in der Tat. Der große grüne Kachelofen war tief in die Ecke der geräumigen Stube hineingestellt, die er vollständig beherrschte, als wenn er dadurch zeigen wollte, daß er in dem fahlen Bergwinkel doppelt an seiner Stelle wäre. Derselbe war an zwei Seiten von Bänken umgeben, welche auf der einen an den großen Tisch stießen, der zu den Mahlzeiten der Hausgenossen bestimmt war; auf der entgegengesetzten Seite befand sich die sogenannte Hölle, eine zwischen Ofen und Zimmerwand angebrachte, erhöhte Bank, für diejenigen bestimmt, welche etwa an einem Gebreß litten oder besonders ausgefroren von der Arbeit heimkamen. Unweit davon führte eine Tür in die Küche, während gegenüber eine andere in den Ausgang mündete.

Der Tisch war schon für das Abendessen vorbereitet, aber noch waren die Plätze leer; nur Frau Judika saß auf der Bank, emsig wieder mit ihrem Strumpf beschäftigt, der jeden Augenblick, wo sie die Hände frei hatte, ausfüllen mußte. Es war auch eine Arbeit, zu welcher sie nicht viel Licht bedurfte, und die über dem Tische hängende Glasgugel, in welcher ein Ocklämpchen brannte, verbreitete eben nur so viel Licht, als nötig war, die Gegenstände in der Stube zu unterscheiden.

Die alte bedurfte es auch nicht. Die Strickerei mit samt den Händen war ihr in den Schoß gesunken; sie regte sich nicht und sah, Rücken und Kopf an den Ofen gelegt, mit geschlossenen Augen da, gleich einer Schlafenden oder gleich jemand, der eine schwere Krankheit durchgemacht und sich nun von seiner Mattigkeit zu erholen beginnt. Die Frau hatte wirklich das Aussehen einer Kranken; war auch ihr Antlitz schon lange eine Musterkarte von Falten gewesen, die blühende Gesichtsfarbe hatte zu dem schneeweißen Haar sehr gut gepaßt und ihr ein Ansehen gegeben, welchem die Mühseligkeit ihrer Geberden nicht widersprach; jetzt war sie bleich; die Fältchen um die Augen waren zahlreicher geworden, und diese selbst tiefer eingesunken. Der Sturm, der über's Himmelmoos dahin gebläht war, hatte sie offenbar nicht minder hart getroffen, als die Lebigen; war sie doch sogar, wie es bei einem Wirbelwind zu geschehen pflegt, weit vom demselben hinweggeschleudert worden. Dennoch war sie in Wirklichkeit weder eingeschummert noch krank. Was auf ihrem Antlitz hing, wie ein darüber gebreitetes Netz, war der Ausdruck gedankenvollen Grübelns, das dahinter hockte, fortwährend sich regend und arbeitend, wie eine rasche Spinne; es war das Gepräge eines Unternehmens, das ihre ganze geistige und körperliche Tätigkeit in Anspruch nahm und dadurch die Spannkraft Beider aufrecht erhielt.

(Fortsetzung folgt.)

Ruhhilfe

Hamburg, 29. Jan. Der deutsch-amerikanische Hilfsausschuss in New York, der erst am 24. Januar für die Notleidenden im Ruhrgebiet an das Hamburgische Rote Kreuz eine Spende im Wert von 75 Millionen Mark überwiesen hatte, hat telegraphisch den weiteren Auftrag gegeben, 600 Kisten mit Nahrungsmitteln im Wert von 150 Millionen Mark an den Oberbürgermeister in Essen Dr. Luther abgehen zu lassen.

Der New Yorker Hauptausschuss beschloß, eine neue Werbung in Nordamerika einzuleiten, die 5 Millionen Dollar für Deutschland und Oesterreich erbringen soll. Der Botschafter in Berlin, Houghton, unterstützt den Plan.

Dem Oberbürgermeister von Essen wurde eine Spende der Deutschen in Südafrika in Höhe von 600 Pfd. Sterling (60 Millionen Mark) übergeben.

Berlin, 29. Jan. Die im Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften vereinigten Hauptverbände haben vorläufig für das Ruhrgebiet 120 Millionen Mark gezahlt. Weitere Gaben und Sammlungen werden folgen.

Die Kommerz- und Privatbank stiftete 200 Millionen Mark. Der sächsische Landbund und der Kreislandbund Ostpreußen haben den Ruhrländern je 1000 Zentner Getreide im Wert von zusammen 70 Millionen Mark gespendet. Aus den Domänen der Prinzen von Preußen im Kreis Flatow kamen 300 Zentner Roggen. Die Sammlung des Landbunds der Provinz Sachsen hat bereits über 40 Millionen Mark gegeben, außerdem mehrere hundert Zentner Getreide und Kartoffeln. Die Saatgutwirtschaft Steube in Schlanstadt hat 200 Zentner Weizen abgepfandt.

Die Deutschen in Norwegen sandten 3 1/2 Millionen Mark, ein Norweger und ein Deutsch-Amerikaner stifteten je 1 Million Mark, die Dunckerwerke in Dessau 5 Millionen, der Anhaltische Arbeitgeberverband 25 Millionen, die Kammern in Bremen bis jetzt über 100 Millionen Mark, die Firma Westphal u. Co. in Hamburg 1250 Kg. Tee.

Die Firma Rudolf Herzog in Berlin hat für die Ruhhilfe 10 Millionen Mark gespendet.

Die Deutschnationale Fraktion des preussischen Landtags hat unter sich 767 000 Mark für das Ruhrgebiet gesammelt.

Von der „Deutschen Zeitung“ in São Paulo (Brasilien) sind dem Reichskanzler aus einer Sammlung unter den dortigen Deutschen 55 000 Mark (etwa 160 Millionen Mark) telegraphisch überwiesen worden.

Bayern und Frankreich

München, 29. Jan. Die „M. Neuesten Nachrichten“ wollen von privater Seite erfahren haben, Frankreich suche durch Spittel die bayerische Bevölkerung zu Gewalttaten gegen französische Staatsangehörige aufzureizen, damit es einen Grund habe, Bayern den Krieg zu erklären und die Mainlinie zu besetzen. Hinter den Machenschaften stecke der französische Gesandte Dard in München.

London, 29. Jan. „Daily Chronicle“ bezeichnet den Bajonettangriff der serbischen Franzosen auf die Einwohner von Trier als eine schandhafte Infamie.

Vorab nochmals für das Eingreifen Amerikas

Paris, 29. Jan. Der Chicago Tribune zufolge erklärt Senator Vorab in amerikanischen Blättern, von der europäischen Frage werden die wichtigsten amerikanischen Geschäftsinteressen berührt; Farmer und Arbeiter werden in gleicher Weise in ihrer Existenz betroffen. Jetzt sei es die Pflicht Amerikas, in die Ruhrfrage einzugreifen. Vorab werde die Erklärung in seiner Rede im Senat verwenden, um das Eingreifen Amerikas zu verlangen.

Neue Nachrichten

Gesetz zur Abwehr der Ruhrbesetzung

Berlin, 29. Jan. Die Reichsregierung verhandelt mit den maßgebenden Vertretern der Industrie, darunter auch Fritz Thyssen, über einen Gesetzentwurf zur Abwehr der Besetzung des Ruhrgebietes. Der Entwurf soll am Mittwoch dem Reichsrat vorgelegt werden.

Vertagung des Reichsschulgesetzes

Berlin, 29. Jan. Der Bildungsausschuss des Reichstags hat die Weiterberatung des Reichsschulgesetzes auf Antrag der Demokraten mit Unterstützung des Zentrums vertagt. In der Beratung am 31. Januar wird sich der Ausschuss hauptsächlich mit der Frage der Einheitskurzschrift befassen.

Vom Staatsgerichtshof

Leipzig, 29. Jan. Der Staatsgerichtshof hat die Beschwerde des Verbands nationalgesinnter Soldaten gegen die von verschiedenen Regierungen verfügte Auflösung des Verbands verworfen.

Leipzig, 29. Jan. Der Staatsgerichtshof hat das von einigen Regierungen verfügte Verbot des Bundes deutscher Frontsoldaten „Stahlhelm“ und des Alldeutschen Verbands aufgehoben.

Von der Friedenskonferenz.

Lausanne, 29. Jan. Der Entwurf des Vertrags, der der Türkei mit Ultimatum aufgegeben werden soll, ist fertiggestellt und soll am Mittwoch vorgelegt werden. Ismed Pascha wird, wie verlautet, vorziehen, nach Angora abzureisen. Der türkische Ministerrat hat eine außerordentliche Sitzung der Nationalversammlung in Angora einberufen. Verschiedene Jahrgänge sollen gegenüber den neuen griechischen Kriegsrüstungen einberufen werden.

Die französische Regierung beabsichtigt, den Kreuzer „Strasbourg“ und einige Torpedo- und Tauchboote nach dem Orient zu senden.

Ein Aufruf der Deutschen Demokratischen Partei.

Berlin, 29. Jan. Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei beschäftigte sich in Anwesenheit der der Partei angehörenden Reichs- und Staatsminister mit der gegenwärtigen politischen Lage. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entscheidung angenommen: „Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei begrüßt die treu-deutsche Haltung der Bevölkerung in Rheinland-Westfalen. Er spricht seine Bewunderung und seinen Dank aus für die einheitliche Geschlossenheit des Abwehrwillens aller Deutschen Volksteile. Der Kampf um Deutschlands Bestehen und Deutschlands Einheit ist ein Abwehrkampf gegen die räuberischen Uebergriffe des französischen Imperialismus. Die Bevölkerung in Rheinland-Westfalen wird dem französischen Militarismus keine Gelegenheit geben, den deutschen Widerstand in einem Blutbad zu erstickern. Passiver Widerstand, ausdauernd fortgesetzt, wird das deutsche Volk retten. Wir fordern unsere Parteifreunde in Stadt und Land auf, opferwillig an der Volksoffensive für Rhein und Ruhr mit Geld und Lebensmitteln sich zu beteiligen. Das deutsche Volk und die deutsche Republik führen einen Kampf für die Freiheit der Völker, für das Recht, für Demokratie und Selbstbestimmung gegen Imperialismus und Militarismus. In diesem Ringen hat das deutsche Volk sein Schicksal selbst in der Hand. Es wird sich der Größe der Aufgabe würdig erweisen.“

900 französische Eisenbahner für die Pfalz. München, 29. Jan. Wie die „Münch. N. N.“ erfahren, haben die Franzosen ungefähr 900 Mann französischen Eisenbahnerpersonals in die Pfalz geschickt und auf höhere Stellen verteilt haben. Sie sollen sich nicht in den Dienst einmischen, sondern vorläufig nur beobachten.

Am den Orientfrieden.

Lausanne, 29. Jan. Die alliierten Delegierten haben den Friedensvertragsentwurf fertiggestellt. Er wird den an der Konferenz teilnehmenden Abordnungen, mit Ausnahme der türkischen, zugestellt werden. Am Mittwoch soll eine Vollsitzung stattfinden, in der die offizielle Mitteilung des Vertrags an die Türkei erfolgt. Ismed Pascha soll seine Absicht ausgedrückt haben, bereits am Donnerstag Lausanne zu verlassen, um auf dem Seewege in die Türkei zurückzukehren. Auf Grund von Nachrichten aus Lausanne, wonach der Abbruch der Konferenz für möglich gehalten wird, beschloß der Ministerrat in Angora die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung. In allen türkischen Kreisen herrscht großer Pessimismus.

Senator Vorab fordert direktes Eingreifen.

New York, 29. Jan. Die „Hearst-Presse“ veröffentlicht einen Appell des Senators Vorab, in dem dieser erklärt, es sei Amerikas Pflicht, in die Ruhrkrise aktiv einzugreifen. Es gehe um die Bestärkung einer großen Nation.

Bayern unter dem Ausnahmezustand

Der Parteitag der Nationalsozialisten

München, 29. Jan. Unter ungeheurer Beteiligung aus dem ganzen Reich, sowie aus Tirol, Oesterreich, Böhmen, Schlesien, Ungarn usw. begann am letzten Samstag der Parteitag der Nationalsozialistischen Partei. Aus Norddeutschland waren verschiedene Sonderzüge eingelaufen. Besonders zahlreich waren die Sturmtruppen aus Nürnberg und Erlangen, Stuttgart, Ulm, Berlin, Hamburg und Mannheim vertreten. Der von der bayerischen Regierung — wie man in München glaubt — auf auswärtige Veranstaltung verhängte Ausnahmezustand anlässlich des Parteitags und die Aufstellung eines Generalkommissars mit diktatorischer Gewalt hat in den bürgerlichen Kreisen Bayerns arg böses Blut gemacht und die Maßnahme wurde von der bürgerlichen Presse durchweg getadelt. Wie die M.N.N. feststellen, ist der Schritt der Regierung auf ein Mißverständnis zurückzuführen; zu dem Vorgehen habe kein Anlaß vorgelegen, nachdem Dr. Hitler zweimal der Regierung gegenüber sein Ehrenwort verpfändet habe, daß kein Putsch beabsichtigt sei. Die Regierung hat darauf ihre Verfügungen zurückgenommen und nur das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel aufrecht erhalten.

Aus den 6 angemeldeten Versammlungen wurden zwölf, da viele Tausende in den dichtbesetzten Sälen keinen Platz mehr finden konnten. In allen 12 Versammlungen sprach Hitler je 10 Minuten lang. Weiter sprachen Redner aus verschiedenen Staaten. In allen wurden dem marxistischen internationalen Sozialismus, dem Judentum, dem Börsenkapital und dem feindlichen Einbruch der schärfste Kampf angefaßt. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, die gegen den Versuch der bayerischen Regierung, den Parteitag zu stören, Widerspruch erhebt, die sofortige Ungültigkeitserklärung des Friedensvertrags, eine neue, von der „Rinstnechtigkeit“ befreiende Währung, sofortige Aufhebung der Ausnahmegeetze zum Schutz der Republik, Todesstrafe für Schieber und Wucherer usw. verlangt wird.

Da sich der Zirkus als zu klein erwies, fand am Sonntag vormittag die Weihe der Standarden der verschiedenen Sturmtruppen auf dem Marsfeld statt, wo die Sturmtruppen in einem Dreieck aufgestellt waren. Nach Aufhebung des niederländischen Dankgebets forderte Hitler auf, den neuen Feldzeichen, mit denen ein neuer Geist über Deutschland kommen soll, die gleiche Treue zu bewahren, wie den alten. Daran wurden die Standarden, die den alten römischen Legionenstandarten ähnlich sind, an die Sturmtruppen verteilt, wobei Oberst von Egländer eine Ansprache hielt. Sodann fand mit Genehmigung des Staatskommissars ein Umzug statt. Alle Veranstaltungen des Parteitags sind in voller Ruhe und ohne Zwischenfälle verlaufen.

München, 29. Jan. Die Meldung der „M. N. N.“, der Minister des Innern, Dr. Schwenker, sei zurückgetreten, wird vom W.B. für unrichtig erklärt.

Ausnahmezustand in Gera

Gera, 29. Jan. Am Freitag war aus Berlin gemeldet worden, daß mit dem Berlin-Münchener Zug eine große Zahl Nationalsozialisten zum Parteitag nach München fahren werden. Der Zug wurde abends 10 Uhr auf dem Hauptbahnhof Gera angehalten, die 400 Insassen verhaftet und in die Kaserne verbracht. Die Verhafteten stammen aus Pommern und Mecklenburg. Die Schutzpolizei war in voller Stärke aufgebildet. Die Verhafteten sangen beim Transport durch die Stadt „Deutschland hoch in Ehren“ und wurden von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Ueber Stadt und Landkreis Gera wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Württemberg

Stuttgart, 29. Jan. Die Straßenbahn erhöht ab 1. Februar den Preis für Monatskarten zu 2 Teilstrecken auf 4000 M. bis 3 Teilstrecken 4850 M. 3 Teilstrecken

5300 M. bis 9 Teilstrecken 5950 M., darüber 6400 M. Nachzahlungen sind vorbehalten.

Die Gebühren für Kamusfeger, deren Kreisbezirk mehr als eine Ortschaft umfaßt, werden mit Wirkung vom 1. Februar 1923 ab bis auf weiteres auf das 18fache der seit 19. August 1922 bestimmten Sätze erhöht.

Ingelfingen, 29. Jan. Ruhrspende. Die Arbeiter beim Ueberlandwerk Ingelfingen stifteten für die Ruhrspende den Ertrag von 3 Ueberstunden, welchen Betrag das Werk verdoppelte.

Nürtingen, 29. Jan. Die Geldentwertung. Bester Tage kam vor dem hiesigen Grundbuchamt ein Wohnhaus mit Scheuer und Hofraum zur öffentlichen Versteigerung. Für das Haus, dem ein Friedenspreis von 5000—6000 Mark zu Grunde lag, wurden 5 150 000 Mark geboten.

Calw, 28. Jan. Kindsaufsehung. Am Freitag nachmittag wurde in der Nähe des Bahnhofs am Nagoldufer ein neugeborenes totes Kind aufgefunden, das in Zeitungspapier eingewickelt war. Aufsehend wollte die Mutter das Kind in die Rapsel werfen.

Ebingen, 29. Jan. Ruhrspende. Der Textilindustriellen-Verband, Bezirk Balingen und Hohenzollern e. V., hat beschloffen, seine Mitglieder zu verpflichten, zu der Ruhrspende einen Beitrag von 1000 M. pro Angestellten und Arbeiter zu geben. Von den anwesenden Mitgliedern wurde der Betrag von ca. 5 Millionen Mark sofort zur Verfügung gestellt.

Trossingen, 29. Jan. Nix Dejeuner. Lament da zwei Franzosen in einen hiesigen Salzhof und verlangten ein „Dejeuner“ (Frühstück). Von dem schlaf fertigen Gastgeber erhielten sie aber mit bezeichnender Geistes die recht lakonische Antwort: „Nix Dejeuner, sondern alle!“ und sie verschwanden. Die Franzosen waren hier, um mit einer hiesigen Firma Geschäfte abzuschließen, wurden aber glatt abgewiesen.

Stuttgart, 29. Jan. Brotpreiserhöhung. Die Preise für das markenfreie Brot werden von heute ab wieder erhöht. Sie haben damit in diesem Monat eine dreimalige Erhöhung erfahren. Es kosten nunmehr: 1 Kilo markenfreies Schwarz- oder Roggenbrot 750 M., 1 Kilo Weißbrot 820 M. und 1 Paar Wecken 80 M.

Efingen O.L. Aalen, 29. Jan. Unter die Räder. Der bei den Berlegungsarbeiten des 2. Bahngleises Efingen-Mögglingen beschäftigte 26 Jahre alte Bahnarbeiter Gottlob Ig wurde vom Schnellzug erfasst und sofort getödtet. Ig ist auf dem Bahngleis gegangen und hat das Herannahen des Schnellzugs zu spät bemerkt.

ep. Ein Jubiläum. Am Sonntag, 4. April 1723 ist in der evang. Landeskirche des damaligen Herzogtums Württemberg zum ersten Mal die Feier der Konfirmation begangen worden. Das Konsistorium hat in seinem soeben erschienenen Amtsblatt den Pfarrämtern empfohlen, dieser Tatsache im Konfirmandenunterricht wie bei der Konfirmationsfeier dieses Jahres zu gedenken.

Allerlei

Die Königin von Schweden hat einen schwedischen Eisenbahnwagen mit Lebensmitteln von Stockholm mit dem Trojetttschiff über Sahnitz an den badischen Landesverein vom Roten Kreuz abgehen lassen.

ep. Während der Reichserziehungswoche, die vom 14. bis 21. Januar stattfand, wurden in Preußen und mittel-deutschen Ländern auf vielen Hunderten, von der evang. Elternschaft stark besuchten Versammlung Erziehungsfragen besprochen. In zahlreichen an den Reichstag gerichteten Entschlüssen und Eingaben wurde entsprechend der Reichsverfassung eine baldige reichsrechtliche Regelung des Schulwesens zum Zweck unverzüglicher Wiederherstellung des Schulfriedens gefordert.

Stiftung eines Japaners. Ein in Heidelberg studierender Japaner hat für deutsche Studierende, die genötigt wären, das Studium aufzugeben, 1 Million Mark gespendet.

Keine Warenlieferungen für Frankreich mehr. Der große Auftrag eines französischen Vessellers bei einer Exportfirma in Naumburg kommt nicht zur Ausführung, da die Arbeiter sich einstimmig weigern, unter den schiefen Verhältnissen für die Franzosen zu arbeiten und die Geschäftsleitung bereits in diesem Sinne abgeschrieben hat.

Theaterzensur in Preußen. Der preussische Minister des Innern hat angeordnet, daß stitlich anstößige Stücke in den Theatern nicht aufgeführt werden dürfen.

Der neue Bierpreis in Bayern. Vom 29. Januar an tritt in ganz Bayern ein neuer Bierpreis in Kraft. In München kostet dann dunkles Bier 300 M., Exportbier 360 M. und Märzenbier 380 M. das Liter.

Abkehrung der freiwilligen Ueberstunden. Die Betriebsräte lehnten die freiwilligen Ueberstunden für die deutsche Notgemeinschaft ab, da in erster Linie die Kapitalisten und Landwirte die Pflicht hätten, die Nöte des Volks zu heben.

O diese Diebel! Der feindlichen Ueberwachungskommission in Berlin sind aus dem Magazin in der Karlsstraße 25 Autoreifen, 24 Schläuche, ein Mantel und anderes gestohlen worden. — Deutschland bezahlt alles.

Verurteilte Landesverräter. Das Reichsgericht hat den 30jährigen ufmann Wilhelm Buddenberg aus Osnabrück und den Geleiten der Reichswehrartillerie Heinrich Beder aus Rassel wegen Verrats von Militärgeheimnissen an die Franzosen bzw. an die Belgier zu je 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, letzteren auch zur Ausstoßung aus dem Heer verurteilt.

Nicht über! Durch das Urteil des Reichsgerichts ist festgestellt worden, daß durch das städt. Milchamt Berlin seit dem 26. Mai 1921 auf den Verkaufspreis der Milch an städt. Gebäuden 185 Millionen Mark zu viel erhoben worden sind. Da das Geld damals noch einen viel höheren Wert hatte, würde der Betrag nach heutigem Kurs eine Milliarde weit übersteigen. Das Milchamt hat seinerzeit von sich aus Höchstverkaufspreise festgelegt und die Molkereien und Milchwirtschaftsbetriebe zum Teil durch Drohungen zu Zahlungen an das Milchamt veranlaßt, deren Verwendung den Meiereien nicht bekannt waren und über die auch der Öffentlichkeit gegenüber niemals Rechnung abgelegt wurde. Das Reichsgericht hat das Milchamt verurteilt, alle über die eigenen Unkosten hinaus von den Milchlieferern erhobenen Beiträge zurückzahlen: sie belaufen sich, wie bemerkt, auf 185 Millionen Mark. Es ist nun die Frage, an wen diese Gelder zurückzahlen sind. Die Meiereien sind unmittelbar nicht geschädigt, denn sie haben jene Beträge wieder von den Verbrauchern erhoben, die also die Geschädigten sind. Das Milchamt wird nun wohl die 185 Millionen zur Verbilligung der allgemeinen Milchabgabe bereitstellen müssen. Der Milchpreis beträgt derzeit in Berlin 388 Mark.

Lokales.

Wildbad, den 30. Jan. 1923.

Schneeschuh-Wettläufe. Am Sonntag fanden auf dem Sommerberg die Schneeschuh-Wettläufe der Ober-Engländer Bundesvereine der S. S. B. statt. Die Beteiligung war sehr lebhaft. Bis 11 Uhr hatte die Bergbahn 1800 Läufer und Zuschauer auf den Sommerberg befördert. Gemeldet war für 176 Läufe, gelaufen wurden 158. Die Abwicklung der Läufe zog sich daher bis in den Nachmittag hinein. Im „Ochsen“ herrschte bei der Preisverteilung lebhaftes Treiben. Unter anderem erhielten Preise: a) Langlauf II 15 Km.: Wilhelm Wacker 3 Preis, 1 Std. 12 Min.; b) Langlauf III 7 Km.: Hans Rüdlin-Calmbach VI. Preis, 47 1/2 Min.; c) Sprunglauf: Wilhelm Wacker III. Preis; d) Damenlauf II 4 Km.: Lily Schaeuffelen I. Preis, 28 Min. 30. Sek., Emma Treiber II. Preis, 29 Min. 10. Sek., Else Schmid, Ludwigsbach III. Preis, 29 Min. 30. Sek.; e) Schülerlauf I 3 Km.: Karl Böhner I. Preis, 18 Min., Otto Brachhold III. Preis, 18 Min. 55. Sek., Karl Koller IV. Preis, 19 Min., Eugen Böhner VII. Preis, 20 Min.; f) Schülerlauf II: Kurt Schweizer V. Preis, 27 Min.; g) Zus. ges. Lauf (Sprung- u. Langlauf): Wilhelm Wacker I. Preis; h) Hindernislauf: Else Schmid I. Preis, 10 Min. 40. Sek., Lily Schaeuffelen II. Preis, 11 Min. 31. Sek., Toni Maier III. Preis, 12 Min. 25. Sek., Theodor Bechtel VI. Preis, 11 Min. Außerdem nahmen auch mit gutem Erfolg an den verschiedenen Läufen teil: Hans Paucke, Walter Riefer, Ludwig Maif, Hilde Wenz, Gustav Lindenberger, Walter Großmann, Otto Trinklner, Mrs. Stute.

L. S. B. B. Letzten Samstag fand um 5 Uhr im alten Lebensmittelamt vom Allg. Bildungsverein in die erste Vorkonferenz für die heranwachsende Jugend statt. Der große Raum war fast gefüllt mit Buben und Mädchen. Vorleser und Erzähler ist Herr Dr. Weidner. Er las vor (und erklärte) über das Vorkommen von Gold in der Natur; künstliche Diamanten und deren Vorkommen im Eisen; über Staub, seine Arten, Entstehung u. Wirkung; eine Erzählung über den General von Bülow, die offenbar besonders gefiel und er erläuterte durch Wort und Zeichnungen an die Tafel den Platz vor der St. Markuskirche in Benedig. Endlich hörten die Kinder die Geschichte vom Ueberfall in Wildbad 1367, dem sich Graf Eberhard nur durch die Flucht entziehen konnte. Im Anschluß hieran wurde dann noch etwas aus Wildbads alten Tagen und weiter erklärt, wo die älteste Thermalquelle lag und wie vor Jahrhunderten dort gebadet wurde. Nach einer guten Stunde gingen die vielen jungen Freunde heim mit den Worten: Bitte nächsten Samstag wieder wir bringen dann noch unsere Freunde mit. — Recht so, denn beim nächsten Mal gibt es schöne Sachen zu hören; z. B.: Riesen und Zwerge, welche wirklich gelebt haben, Lokomotivfische, das Alter der Tiere, der Bienenstaat, von der entschlossenen Köchleswirtin in Calmbach und zum Schluß wohl noch eine schöne Erzählung. W.

Verdoppelung der Postgebühren. Die Reichspost beabsichtigt, nach der „D. Tagesztg.“, am 1. März die Post-, Telegraphen- und Fernsprechggebühren zu verdoppeln. Der Reichsverkehrsrat ist auf 6. Februar einberufen.

Eisenbahnbetriebsbeschränkung. Die bereits gemeldeten Einschränkungen des Personenverkehrs der Eisenbahn werden voraussichtlich auf 1. Februar noch verschärft werden.

Liebesgaben im Kuhgebiet werden frachtfrei befördert.

Die Großhandelspreise sind am 25. Januar auf das 3298-fache des Vorkriegsstands hinaufgeschwollen. Am 15. Januar war der Stand noch das 2131-fache, die Preise sind also in 10 Tagen um 54 Prozent gestiegen.

Letzte Nachrichten.

Verhaftung von Nationalsozialisten in Gera.

Weimar, 29. Jan. Zur Verhaftung der Nationalsozialisten aus dem Berlin-Münchener Zug heraus auf dem Hauptbahnhof Gera gibt die Thüringer Regierung amtlich bekannt, daß in der Nacht vom Freitag zum Samstag der Kreisdirektor Drechsler gemeldet habe, daß eine große Anzahl Rottbach-Leute sich in dem betreffenden Zug auf der Reise nach München befänden. Der Landespolizei ist es gelungen, 373 Rottbach-Leute festzunehmen. Unter ihnen befanden sich 40 Offiziere, darunter der früher in der Thüringer Landespolizei tätig gewesene Hauptmann Lampel. Eine Anzahl Rottbach-Leute war mit Revolvern und Gummiknüppel ausgerüstet. Sämtliche Leute wurden erst in der Geraer Kaserne interniert, dann aber nachts nach Leipzig abgehoben. Das Thüringer Staatsministerium hat infolge des Vorfalls auf Grund des Artikels 48 Abs. 4 der Reichsverfassung den Belagerungszustand über den Stadt- und Landkreis Gera verhängt.

Verschärfte Lage in Trier.

Trier, 29. Jan. Am Samstag ist in der Weberbachstraße ein aus einer Wirtschaft heraustretender Arbeiter von einem Marokkaner erschossen worden. Die Erregung der Bevölkerung ist sehr groß. Die Lage hat sich in den letzten 24 Stunden wesentlich verschärft. So sind die Bestimmungen des Belagerungszustandes dahin verschärft worden, daß um 10 Uhr sämtliche öffentliche Lokale geschlossen werden müssen.

Internationaler Sozialistkongress.

Genf, 29. Jan. Ein Sozialistkongress wird am 22. April in Bern stattfinden, um das Hauptproblem des Wiederaufbaus der Arbeiterinternationale zu prüfen.

Spiel und Sport.

Fußball.

fr. Im Kreis Württemberg sicherten sich mit dem 7:3 Sieg gegen Ulm 94 die Stuttgarter Kickers den Meistertitel. Mit vier Punkten Vorsprung ging der Meister aus harten Kämpfen hervor. Der nächste Sonntag bringt den Vertreter Württembergs auf bairischem Boden bereits in das Vorpilspiel gegen den heimischen Meister, den 1. F.C. Bayern. Eine zweite wichtige Entscheidung ist in Heilbronn gefallen. V.f.B. unterlag gegen die Kaiserliga und scheidet mit dieser Niederlage aus der Liste der Anwärter für die badisch-württembergische Bezirksliga aus. Im Wettbewerb stehen noch SpV. 1900, V.f.B. Heilbronn und Sportfreunde. Die Spiele am 11. Februar: F.C. Ulm 94 gegen Sportklub und Sportfreunde gegen V.f.B. haben bezüglich der Antragsung zu entscheiden, falls nicht noch Ausscheidungsspiele bei eventuell gleicher Punktzahl erforderlich werden. Der Sieg Eintracht über Sp.V. Feuerbach bildete die Ueberraschung des gestrigen Spieltags. — **Baden:** F.C. B. — V.f.B. Karlsruhe 6:1. — **Odenwald:** Phönix — Waldhof 1:0. Phönix ist durch diesen Sieg Bezirksmeister.

Die ersten Bezirksmeisterchaftsspiele.

In der Meisterschaft des Bezirks Bayern gewann in München die Sp.Vg. Fürth vor 12 000 Zuschauern gegen Bayern München mit 2:1 (1:0) nach einem sehr schönen Kampf, in dem die Fürther die bessere Gesamtleistung boten, aber ihren Erfolg dennoch auf das Glückskonto setzen konnten. — In der Meisterschaft des Rheinbezirks bleiben in Offenbach die Essener Kickers — Fußball-Sportverein Frankfurt 1:0 (1:0) siegreich. In diesem Spiel war der Unterlegene in der Gesamtleistung etwas besser, aber ein Eigentor von seiner Seite verhalf Offenbach zu seinem siebringenden Tore. — Im Bezirk Rheinheffen-

Saar kam in Reunftrchen vor 10 000 Zuschauern das erste Entscheidungsspiel dieses Bezirks zur Durchführung, das zwischen Borussia-Reunftrchen und Sp.V. Wiesbaden 0:0 unentschieden endete. — Die Entscheidung im Odenwaldkreis kam zwischen Phönix-Mannheim und Mannheim-Waldhof zum Austrag. Phönix konnte durch energischeres Spiel einen Erfolg erzielen, während Waldhof trotz guter Gelegenheit leer ausging.

Wintersport.

Zahlreiche Veranstaltungen wurden in den Bergen zum Austrag gebracht, und manche weitere konnten wegen des plötzl. eingetretenen Tauwetters nicht durchgeführt werden.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 29. Januar 33 333.10 (29 750.—).

1 Pfd. Sterl. 153.116.29, 100 holl. Gulden 1304.780.—, 100 Schweizer Franken 613.450.—, 100 französl. Franken 205.485.—, 100 ital. Lire 156.607.—, 100 österr. Kronen 46.68, 100 tschech. Kronen 95.061, 100 poln. Mark 98.—.

Die deutsche Mark ist also bereits auf den Stand der polnischen Mark herabgesunken.

Der Wert der Mark im Ausland. Für 100 M. wurden Ende voriger Woche bezahlt in Zürich 0,0240 (vor dem Krieg 125.40) Fr., Amsterdam 0,0110 (59.20) Gulden, Kopenhagen 0,0250 (88.80) Kr., Stockholm 0,0180 (88.80) Kr., Wien 200,00 (117.80) Kr., Prag 0,1650 (117.80) Kr., London 0,0221 (97.80) Schilling, New York 0,0043 (23.80) Dollar, Paris 0,0750 (125.40) Fr., Rom 0,0600 (123.45) Lire.

Die österreichische Goldschahnanleihe. Nach amtlicher Mitteilung hat die Zeichnung auf die Goldschahnanleihe einen Betrag von 4 254 000 Dollar oder 298 Milliarden Kronen erreicht.

Mehlp reis. Die Südd. Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 von 140 000 auf 150 000 M. erhöht.

Stuttgarter Börse, 29. Jan. Obwohl man an der Börse an Kurssteigerungen großen Ausmaßes einigermaßen schon gewöhnt war, bot die heutige Börse ein außerordentliches Aussehen. Explosionsartig stürzten die Preise in die Höhe im Zusammenhang mit der neuen ungeheuren Entwertung der Mark. Über den Sonntag haben sich derartig viele Kaufaufträge angesammelt, daß sie wohl kaum alle heute zur Ausführung gebracht werden konnten; Verkaufsaufträge lagen nur verschwindend wenige vor. Im Lauf des Tags erlachte die Geschäftstätigkeit etwas, man blieb eine Kleinigkeit beruhigter, wennschon die Stimmung bis zum Schluß als außerordentlich fest anzusprechen war. Der Rentenmarkt verkehrte sehr fest, bei den Staatspapieren waren weitere Steigerungen zu verzeichnen. — **Bankaktien:** Hypothekbank 5200 (4000), Notenbank 17 000 (13 000), Vereinsbank 8500 (6500), Bank-Anhalt 5400, Braunschweig: Ravensburg 5500 (4600), Pfauen 4000 (3500), Hohenzollern 10 000, Walle mangelte Material gestrichen. **Metallaktien:** Feinmechanik 76 000 (60 000), Jungbans 32 000 (21 000), Hohner 32 000, Metallwaren 25 000 (19 000), **Maschinenwerte:** Ravensburg 18 000 (9500), Lampelmer 35 000 (31 000), Hesser 20 000 (11 500), Ehlingen und Weingarten gestrichen, da selbst zu wesentlich höheren Kursen Ware nicht an den Markt gelangte, Neckarflurmer 18 000 (11 000). **Spieleraktien:** Unterhaußen 35 000 (30 000), Weingheim 45 000 (40 000), Kolb-Schalle 28 000, Koffern 26 000 (22 000), Filz 35 000 (18 000), Ehlingen 36 000 (30 000), Eisenindustrie 45 000 (24 000). **Sonstige Werte:** Anilin gestrichen, da Material nur spärlich herauskam, Seidberger Zement 22 000 (15 000), Rbin-Rottweil gestrichen, Krumm 11 000 (7000), Salzwerk Heilbronn 100 000 (75 000), Stuttgarter Zucker 22 000 (14 500), Mannheimer Öl 25 000 (25 000), Siegelwerke gestrichen, Maschinenfabrik Ehlingen gelangte heute erstmals mit 15 000 zur Notierung, zu welchem Kurs Ware nicht vorgelegen hat. **Wärrt. Vereinsbank.**

Märkte

Stuttgarter, 29. Jan. Auf dem letzten Wochenmarkt kostete Butter 2800 M., amerikanisches Schweinefleisch 3000, Kokosfett 2700, Margarine 2700 bis 2800 M. das Pfund.

Serrenberg, 29. Jan. Dem Schweinemarkt waren 23 Milch- und 35 Läufer Schweine zugeführt. Verkauft wurden 18 Milch- und 8 Läufer Schweine. Der Erlös für ein Paar Milchschweine betrug 140—160 000 M., für ein Paar Läufer 300 000 M.

Lehr, 29. Jan. Bei der Kuchholzersteigerung des biesigen Forstamts wurden für 20 Festmeter Langholz 43 686 400 M. gelöst.

Wildbad.

Die nächste Mütterberatungstunde

findet am Mittwoch, den 31. Januar, von 2—3 Uhr im Schulhaus statt.

Schw. D. Aber, Bezirksfürsorgerin.

Spenden für die Ruhrländer

sind weiter eingegangen:

Stadtapotheke: D. F. 500, Ungen. 500, Arch. Hühenlaub 3000, Geschw. Freund 1000, Handarb.-Lehr. Schwable 1000, Ung. 2000, A. Jähringer 1000, Hofrat Dr. Lorenz 2000, B. Treiber, Schuhh. 1000, F. Fischer, Malergesch. 1000, R. R. 1000, R. T. 3000, E. Wisler u. Frau 3000, Josef Wisler 1000, Frau Beltner 1000, Wärrt. Horkheimer 500, R. Treiber, Tagl. 600, Th. Haug u. Frau 5000, Gg. Fuchs 2000, W.-Balz z. Hirsch 1500, E. F. 2000, Rob. Schlegel, Malermstr. 500, Frau Treiber z. Windhof 3000, R. R. 500, Oberreiter 1000.

Wildbader Tagblatt: Geschw. Huzel 1000, Geppert 5000, Frau Hofmann 50, Kohler z. Ratskeller 2000, Ehr. Schmid z. Silberburg 500, Ungen. 3000, A. Biernow 2000, Bollmer, Schreiner m. weitere 1000, Ungen. 2000, R. E. 1200, Ungen. 200, C. F. Pfeiffer 1000, R. R. 500, Red. 500, Franz Del'Wissler 500, S. St. 500, Th. Feucht, Rfm. 1000, W. Kull z. alten Linde 300, Erlös der Wohltätigkeitsvorstellung in den Linden-Lichtspielen einschließlich der freiwilligen Spenden 22320.

Apotheke zusammen . . . 170 200 M.

Tagbl.-Geschäftsstelle . . . 101 870 M.

insgesamt . . . 272 070 M.

Homöopath Maier

hält Sprechstunde in Wildbad jeden 1. u. 3. Freitag im Monat in der Kochstraße bei Giplermstr. Fischer.

Tanzunterhaltungen.

Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage sind Gesuche um Erlaubnis zur Abhaltung von Tanzbelustigungen in jeglicher Art und Form bis auf Weiteres ausichtslos; Fälle von Ausnahmen sind nicht denkbar.

Die Ortspolizeibehörden und die Landjäger werden beauftragt, etwa geplante Unterhaltungen in dieser Richtung zu überwachen und bei Zuwiderhandlungen Anzeige zu erstatten.

Neuenbürg, den 25. Januar 1923.

Oberamt: Wagner.

Zur Beachtung bekannt gemacht mit dem Anfügen, daß zufolge der Min.-Verf. vom 27. Januar 1923 (Staats-Anz. Nr. 21) Polizeistundverlängerungen nicht mehr erteilt werden dürfen.

Wildbad, den 29. Januar 1923.

Stadtschultheißenamt.

Stoffe! Stoffe!

Es ist bei mir jedem die Möglichkeit gegeben,

sich seine Bekleidung: Anzüge, Paletots, Schlupfer, Sport-, sowie Jünglings- u. Burschen-Anzüge, ferner jegliche Herrenbekleidung in jeder Machart anzuschaffen.

Für guten Sitz und Verarbeitung wird garantiert. Außerdem empfehle ich mich im Waschen, Umändern, Reparieren und Ausbügeln, schnell und billig!

Besuch lohnend! Auswahl am Lager! Besuch lohnend!

Mein Geschäft befindet sich jetzt Ecke Höfener- und Kriegsstraße.

Hans Würster :: Herren- :: Calmbach
Schneiderei ::

Fußball-Berein Wildbad.

Ber. Fußball- und Sportverein.

Donnerstag abend 1/9 Uhr

Spieler-Versammlung

im Gasthaus zum „Hirsch“.

Tagessordnung:

Neuwahl der Spielleitung.

Besprechg. d. eingeg. Antrags.

Zahlreiche Beteiligung auch von den passiven Mitgliedern ist bei der Wichtigkeit der Tagessordnung dringend erwünscht.

Die Spielleitung.

Verloren

ein breites, goldenes Arm-

band, vor der Türe oder

Hausflur bei Metzger Schmid.

Der ehrliche Finder wird ge-

beten, dasselbe gegen hohe

Belohnung. daselbst abzugeben.

Schwarzer Anzug

aus am. Cheviot, Rod und

Weste wenig getragen, für

mittlere bis kleinere Figur,

preiswert zu verkaufen.

Wer, sagt die Tagblatt-

Geschäftsstelle.

Eine Schmeer,

gedeckt mit Falzriegeln, hat

auf den Abbruch zu verkaufen

E. Rometsch.

Im Auftrag zu verkaufen:

1 schwarzer Herrenmantel,

1 Paar braune Herren-

Mercedes-Stiefel, doppel-

schlig, Gr. 42,

1 Paar Arbeitsstiefel,

1 brauner Anzug.

Auskunft erteilt die Tag-

blattgeschäftsstelle.

Düten u. Beutel,

sowie

Einwickelpapier

empfehlenswert

E. Reinhardt.

Rosen-Gold-Creme

gegen rissige u. rauhe Haut.

A. u. W. Schmitz, Med.-Drogerie.

Herren-Anzüge,

Ulster, Schlupfer,

Feldgraue Hosen,

Manchester-Hosen,

Gestreifte Sonntagshosen,

Buxin-Hosen,

Zwilling-Hosen,

Engl. Lederhosen,

Winterlodenmittel,

Bindjacken,

Arbeitsmäntel,

Drilich-Anzüge,

Blaue Arbeitsanzüge,

Schuhwaren, offizier

Weintraub,

Karlsruhe, Kronenstr. 52.

